Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 462 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Bestellgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Freitag, 19. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hat der Nichtigkeitserklärung des Artikels 61 Abs. 2 der Reichsverfassung zugestimmt.

* In Oberschlesien machen sich Anzeichen zu neuen Putschversuchen bemerkbar.

* Ein Erlaß des Unterrichtsministers Hänisch ordnet die Entfernung aller Bilder des Kaisers und der kaiserlichen Familie aus den Schulbüchern an.

* In der Berliner Metallindustrie streiken seit gestern kleinere Gruppen von Facharbeitern, durch welche Taktik der Gesamtbetrieb der Werke gefährdet wird.

* Im Geiselmordprozeß wurde gestern nachmittag ½3 Uhr das Urteil gefällt.

Die Ententeforderung angenommen

Die Unterzeichnung des Protokolls.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hat in seiner Sitzung am Dienstag der Forderung der Entente nach Unterzeichnung des Protokolls zur Nichtigkeitserklärung des Artikels 61 der Reichsverfassung zugestimmt. Die Reichsregierung wird der Entente durch den Freiherrn von Lersner mitteilen lassen, daß Deutschland ihren Wünschen nachkommt. Es steht noch nicht fest, ob das Protokoll durch Baron von Lersner oder durch einen besonderen Delegierten unterzeichnet werden soll.

Teilstreiks in der Metallindustrie

Berlin, 18. September.

Gemäß den gestern erfolgten Abstimmungen in einzelnen Betrieben, sind heute bei verschiedenen Firmen Teilstreiks ausgebrochen. Wie gestern bereits gemeldet, hatte der Metallarbeiterverband nicht Gesamtabstimmungen vornehmen lassen, sondern sich einzelne Gruppen herausgesucht und diese als Sturmtrupps benutzt. Auf diese Weise werden die Unternehmer bei längerer Dauer des Ausstandes zur Stillegung ihrer Werke gezwungen, und man hofft auch, die übrigen Arbeiter, die einem Streik noch nicht geneigt sind, allmählich zu Solidaritätsstreiks zu bewegen.

Bei der Firma Borsig in Tegel haben die Nieter und Stämmer, im ganzen etwa 100 Arbeiter, die Arbeit niedergelegt. Dadurch ist die Aufrechterhaltung des Betriebes unmöglich gemacht worden. Bei der A. E. G. wird noch voll gearbeitet. Inwieweit hier die Arbeiter beabsichtigen, sich dem Ausstand anzuschließen, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Von den Daimlerwerken sind mehrere Schlosser- und Schleiferabteilungen in den Ausstand getreten, zusammen etwa 170 Mann. Bei Schuchardt sind 200, bei der Firma Lorenz 150 Facharbeiter im Ausstand. Bei den Firmen Ludwig Loewe, Schwartzkopff und den Siemens-Schuckertwerken wird noch voll gearbeitet, doch wird auch hier versucht, Stimmung für einen Streik zu machen. Bei der Firma Osreal sind für heute Betriebsversammlungen angesetzt. Die Deutschen Telephonwerke arbeiten noch. Hier sind die Bemühungen der Streikbrecher, die Werkzeugmacher für den Streik zu gewinnen, gescheitert. Die Arbeiter haben das der Firma gestellte Ultimatum bis Freitag verlängert.

Aus Arbeitgeberkreisen wird zu dieser neuen Taktik des Metallarbeiterverbandes mitgeteilt, daß die heute begonnenen Teilstreiks die denkbar schwersten Folgen haben können. Bei allen Firmen streiken Facharbeiter, deren Arbeitsverweigerung in kurzer Zeit dazu führen muß, daß die Betriebe nicht mehr vollständig aufrechterhalten werden können. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat zu der neuen Lage noch nicht endgültig Stellung genommen, wird sich aber im Interesse seiner Mitglieder gegen diese den Betrieb verbindernde Taktik energisch zur Wehr setzen. Wenn es dem Reichsarbeitsministerium nicht gelingt, die ausständigen Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe zu veranlassen, muß mit größeren, durch eben jene Taktik erzwungenen Stillegungen in der Metallindustrie gerechnet werden.

Metz, 18. September.

10 000 Bergleute des Kohlenbergwerkes Klein-Rosseln sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Tagelohn von 18 Franken und Anerkennung der Gewerkschaften.

Der deutsche Kolonialterror

Wie Frankreich den Kolonialraub beschönigt.

Paris, 18. September.

In der Kammer sagte gestern der Arbeitsminister bei Darlegung von Einzelheiten des Wirkens der Internationalen Organisationen der Arbeiter, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen sind, daß die Alliierten damit einverstanden sind, den Gedanken der Zulassung von Vertretern Deutschlands binnen kurzer Zeit anzunehmen. An der nächsten internationalen Konferenz in Washington würden auch die landwirtschaftlichen Arbeiter teilnehmen.

Kolonialminister Simon erklärte, daß die Alliierten bei der Besiegung der Deutschen aus ihren Kolonien gegenüber der mißhandelten Bevölkerung ihre Pflicht als Beschützer erfüllt hätten. Der Minister führte auch den deutschen Kolonialterror an und erinnerte an die Massakers unter den Hereros mit dem Hinzufügen: Ich brauche nicht die deutschen Methoden in den Kolonien hervorzuheben. Es genügt, die Methoden anzusehen, die die Deutschen in den besetzten Gebieten anwandten, denn es sind dieselben. Der Minister sagte weiter, daß die großen Landstriche von Togo und Kamerun, die Frankreich erhalte, für Dahomey und Kongo von großem Werte seien. Der Minister machte ferner Ausführungen über die Geschichte der Marokkofrage und die Schwierigkeiten, die Deutschland von 1906/14 gemacht hatte. Das friedliebende Frankreich (!!!) brachte die Frage von Algeciras vor das Haager Schiedsgericht. Sein gutes Recht habe es den Prozeß gewinnen lassen. Das Abkommen zwischen Frankreich und England wurde in voller Eintracht eingehalten. Frankreich und seine Kolonien müßten sich heute als einiges Frankreich fühlen. Frankreich müsse den Kolonien größere Autonomie gewähren.

Genf, 18. September.

In der gestrigen Beratung des Friedensvertrages unterbrach Barthou die sehr optimistisch gehaltene Rede Clementels mit dem Zwischenruf: Alles das hat keinen Wert, wenn der französische Wechselkurs so schlecht bleibt wie jetzt! Finanzminister Klotz erwiderte, an dem schlechten Stand der Valuta sei die Wiederherstellung der Einfuhrfreiheit schuld. In letzter Zeit seien besonders enorme Massen Jagdmaterial eingeführt worden, was sehr auf den Goldmarkt eingewirkt habe. Diese sonderbare Erklärung erweckte allseitiges Erstaunen und der Abgeordnete Puech machte den Minister darauf aufmerksam, daß die Einfuhrfreiheit auch in Belgien und Italien wiederhergestellt sei, und doch stiegen Lire und belgische Franken, während der französische Franken täglich falle. Klotz erwiderte: Wir exportieren nicht genug und das Gleichgewicht ist nicht herzustellen. Wir sollten gewisse Waren nicht immer ausschließlich aus England und Amerika beziehen. Denn solange wir nur in den Ländern des Pfund Sterling und des Dollar kaufen, kann unser Kurs nicht besser werden. Die Krisis würde gemildert, wenn wir mehr in den Kolonien oder in anderen Ländern kaufen wollten." Von verschiedenen Seiten wurde dem Finanzminister „in Deutschland!" zugerufen, aber Klotz ging nicht auf diese „Anregung" ein. Es sei erwähnt, daß in Genf der französische Franken von Montag auf Dienstag wieder um drei Prozent gefallen ist.

D'Annuncio bleibt fest

Bern, 18. September.

Die italienischen Zeitungen können wieder eigene Nachrichten über die Vorgänge in Fiume veröffentlichen. D'Annunzio hat ein Manifest an die Schutzbefohlenen erlassen, in dem er die Kommandogewalt übernimmt und erklärt, Fiume bis aufs äußerste verteidigen zu müssen. Er sandte ferner ein Schreiben an den Kriegsminister und einen Aufruf an das italienische Heer. Der aus Istrien erfolgende Anmarsch zweier Divisionen unter General De Robilant soll in Fiume nicht besonders beachtet werden, da man überzeugt sei, daß es die Regierung zu keinen blutigen Zusammenstößen kommen lassen werde. Die Lebensmittelzufuhren vom Meere und auf dem Landwege sind für Fiume nunmehr völlig abgeschnitten.

Das Urteil gegen die Geiselmörder

München, 18. September.

Im Geiselmordprozeß wurde heute nachmittag ½3 Uhr das Urteil gefällt. Die Angeklagten Fritz Seidl und Schickhofer wurden wegen zweier Verbrechen des Mordes zweimal zum Tode verurteilt, die Angeklagten Widl, Pürzer, Fehmer und Josef Seidl wegen Verbrechens des Mordes zum Tode, die Angeklagten Kick, Gsell, Hesselmann, Lermer, Hannes, Georg Hüber und Rietmeier wegen Verbrechens der Beihilfe zum Morde zu 15 Jahren Zuchthaus, sämtlich mit den entsprechenden Ehrenstrafen. Die Strafverfolgung Petermeiers wurde als unzulässig bezeichnet. Die Angeklagten Völkl und Schmittele wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Angeklagten nahmen das Urteil, an das sich eine längere Begründung anschloß, vollständig ruhig auf. Im Justizpalast und vor dem Gebäude waren während der Urteilsverkündung besonders strenge militärische Sicherungen getroffen worden. Der Abtransport der Verurteilten erfolgte in Automobilen zwischen militärisch besetzten Kraftwagen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

*

Die Begründung des Urteils ergab nichts, was nicht schon in den Plaidoyers zur Sprache gekommen war. Als allgemeinen Gesichtspunkt führt das Gericht aus, daß das Volksgericht zuständig sei. Fritz Seidl und Schickhofer waren nach der Ueberzeugung des Gerichts innerlich und äußerlich auf die Geiselermordung vorbereitet. Bei Einlieferung und Verwahrung der Gefangenen kam das wiederholt zum Ausdruck. Der Entschluß, die Geiseln bei gegebener Gelegenheit umzubringen, hat sich bei ihnen zum Tötungsvorsatz verdichtet, als beide vormittags und nachmittags einen Erschießungsbefehl Egelhofers erhielten, der bezweckte, den kampfunlustig gewordenen Soldaten der Roten Armee als blutiges Beispiel zu dienen und sie zur Blutgier zu reizen, um dadurch die Bandenherrschaft über die Soldaten wiederzugewinnen. Beide setzten die von Levinè, Levien und Egelhofer gebilligte Erschießung mit Ueberlegung ins Werk und führten sie ebenso aus, ohne sich durch Gegenvorstellungen und Einmischung Dritter, Bitten der Opfer und Weigerung nicht völlig gefühllosser Soldaten abhalten zu lassen. Zusammenfassend erklärte der Vorsitzende, die Tötung der Geiseln habe auch nicht den Schein des Rechts für sich. Ohne Urteil, ohne Verhör, ja unter Verachtung der im Rechtsstaat und sogar unter der Räteregierung sonst üblichen Formen vollzog sich die Erschießung. Nur Rachgier und Mordlust begingen die Tat.

Wieder ein Stückchen vom „Minister gegen die Landwirtschaft"

Die Sozialdemokraten am Ministertisch wollen es nicht lernen, eine ehrliche Regierung zu sein; sie bleiben nach wie vor Parteifunktionäre, die ihre amtlichen Stellungen mißbrauchen, um die öffentliche Macht und die öffentlichen Mittel in den Dienst der sozialdemokratischen Partei oder vielmehr der roten Parteiführerklique zu stellen. Sie treiben also ganz offen und schamlos das, was sie selbst früher als Korruption verschrien haben, wo sie auch nur den Verdacht einer derartigen Ausnutzung der politischen Lage behaupteten, erheben zu können. Mancher der Obergenossen mag freilich in seiner parteipolitischen Beschränktheit gar nicht merken, wessen er sich da schuldig macht. Bei anderen jedoch muß man, da sie schon oft öffentlich darauf aufmerksam gemacht worden sind, allmählich annehmen, daß sie wissentlich und geflissentlich eine einseitige Begünstigungswirtschaft treiben, die man unter dem alten System als ein Zeichen dafür angesehen hätte, daß ihnen die geistige und sittliche Eignung für ihren Ministerposten gänzlich fehlt. Zu diesen Obergenossen am Regierungstisch gehört der preußische Landwirtschaftsminister Braun, der bezeichnenderweise bereits den Spottnamen des „Ministers gegen die Landwirtschaft" führt. Er scheint von den Verhältnissen der Landwirtschaft nichts weiter zu kennen, als die von sozialdemokratischen Agitatoren zu Zwecken der Verhetzung aufgebauschten Beschwerden der Landarbeiter oder derjenigen Genossen, die sich als solche bezeichnen. Bei den Landwirten, den Bauern, ebenso wie den Großgrundbesitzern, hat die Haltung dieses Ministers schon längst das Gefühl erweckt, daß auf dem Posten des ersten Förderers ihres Standes zurzeit ein Mann stehe, der sie mit hartnäckiger Feindschaft verfolge. Es ist daher begreiflich, wenn die Landwirte Herrn Braun und seinen Helfern gegenüber von einem Mißtrauen ergriffen sind, daß das Verhältnis zwischen beiden Teilen immer unerträglicher gestaltet. Jeder Minister unter dem alten Regime würde daraus die richtige Folgerung ziehen, daß er nicht auf seinem Posten bleiben könne; der Obergenosse Braun schöpft aus dem sich fortgesetzt verschärfenden Gegensatze das Recht, die Landwirtschaft immer mehr zu drangsalieren und zu entrechten.

Das neueste Stückchen, das der Herr Minister auf diesem Wege fertig bekommen hat, muß geradezu als ein gesetzwidriges Vorgehen bezeichnet werden. Der Landwirtschaftsminister hat nämlich an die Landwirtschaftskammern einen Erlaß gerichtet, der die Anstellung und Entlassung aller wichtigen Beamtengruppen in Zukunft von seiner Genehmigung abhängig macht. Selbstverständlich ist das durchaus undemokratisch und unsozialistisch; Obergenosse Braun spielt sich in seinem Dienstbereich damit geradezu als Diktator auf, als Pascha, wie es in der Sprache seiner Partei heißt. Das macht ja aber den heutigen sozialdemokratischen Machthabern durchaus nichts aus. Wenn sie an der Herrschaft sind, gibt es nur noch einen Willen, den ihrer Parteiwillkür. Das Vorgehen des Landwirtschaftsministers bedeutet aber ferner einen unzulässigen Eingriff in das gesetzlich festgelegte Recht der Landwirtschaftskammern. Denn diese haben nach § 18 ihrer genehmigten Satzungen das Recht, selbständig über die Anstellung und Entlassung ihrer Beamten ohne Mitwirkung der Aufsichtsbehörde zu beschließen. Und daran kann auch das staatliche Aufsichtsrecht nichts ändern. Dieses gibt keine Befugnis zu beliebigen Eingriffen in die den Landwirtschaftskammern zustehenden Rechte; sondern hat nur zu überwachen, daß die Landwirtschaftskammern entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen verfahren. Auch eine Aenderung der Satzungen kann der Landwirtschaftsminister nicht vornehmen. Denn § 4 des Kammergesetzes enthält Bestimmungen, die ein einseitiges Eingreifen des Ministers unstatthaft machen; ohne einen Beschluß der Mehrheit der Landwirtschaftskammer wäre eine Aenderung der Satzungen unrechtmäßig. Alles das sollte Herrn Braun bekannt sein. Und somit ist sein Vorgehen, wenn auch bei seiner unbelehrbaren Einseitigkeit nicht allzu verwunderlich, doch derartig im Widerspruch mit dem Rechte stehend, daß man es als unerhört für einen preußischen Minister bezeichnen muß. Es ist eine Herausforderung der gesamten Landwirtschaft, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Es scheint also, als habe es der augenblickliche Landwirtschaftsminister tatsächlich auf eine Kraftprobe mit der Landwirtschaft abgesehen. Aber über sie hinaus ist das ganze Volk an dieser Sache interessiert. Wohin sollte es führen, wenn die jeweilige Regierung ihre amtliche Macht mißbrauchen wollte und könnte, um Recht und Gesetz über den Haufen zu werfen! Das geht nicht an! Hier heißt es biegen oder brechen! Zieht der Minister seinen Erlaß nicht zurück, so muß das Volk ihm gegenüber das Recht mit jedem gesetzlichen Mittel schützen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909191-11/fragment/page=0001

Preußenparlament

Berlin, 18. September.

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Auf eine Frage von Dr **Leidig** (M. Rpt.) erklärt die Regierung, daß sie sich für verpflichtet halte, von der Landesversammlung beschlossene Gesetze so schnell zu verkünden, wie es ihr nach dem Geschäftsgange möglich sei.

Die **zweite Etatsberatung** wird fortgesetzt beim Ministerium für Volkswohlfahrt.

Abg. **Weyer** (U. S.) befürwortet den Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf **Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes** und eines **Jugendamtes**.

Abg. **Lukaszewitsch** (Deutschnational): Die **Wohnungskalamität**, besonders in den Großstädten, droht unerträglich zu werden. Bei der Regierung hat sich hinsichtlich der Praxis der **Mieteinigungsämter** eine gewisse **Einmütigkeit** herausgebildet, indem die Interessen der Mieter zu ausschließlich wahrgenommen wurden. Zu lösen wäre auch die **Wohnungsfrage** nur, wenn das ganze Volk sich dafür einsetzt, wenn wieder gearbeitet, wenn wieder produziert wird. Die **Beschlagnahme der Wohnungen** zum Zwecke der Auflösung sei ein gefährlicher Schritt, mit dem viele Kommunen traurige Erfahrungen gemacht haben. In Berlin kann schon dadurch viel geholfen werden, wenn die riesigen Wohnungen, welche die Kriegsgesellschaften zurzeit innehaben, sofort der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt würden. Auch bei der eventuellen Beschlagnahme leerstehender Fabriken sei große Vorsicht geboten. Vielleicht könnte Abhilfe auf dem Wege geschaffen werden, daß man den Wirtschaftsgenossenschaften **ausreichenden Baugrund** gibt.

Eine Beantwortung der Frage erfolgt nicht. Die Besprechung darüber findet mit der allgemeinen Debatte über diesen Teil des Haushaltsplanes und der dazu gestellten Anträge gemeinsam statt.

Abg. **Brandenburg** (Soz.): Mit der Errichtung des Wohlfahrtsministeriums ist eine Forderung meiner Partei erfüllt worden. Seine erste und wichtigste Aufgabe wird die **Bekämpfung der Tuberkulose** sein müssen. Angesichts der **Wohnungsnot** können der Wohnungslusus der begüterten Familien nicht länger geduldet werden. Die **Jugendpflege** bedarf der Verbesserung, ebenso die **Säuglingsfürsorge**.

Abg. **Frau Heßberger** (Zentr.): In der Wohnungsfrage sind wir schon an der Grenze des Erträglichen angelangt. Es ist zu begrüßen, daß auch das Reich hierzu 150 Millionen Mark beisteuert.

Abg. **Dr. Schloßmann** (Dem.): Gerade, weil wir arm geworden sind, müssen wir für die Volkswohlfahrt das Doppelte zu leisten versuchen. Das Ministerium für Volkswohlfahrt ist das geeignete Instrument zur Ausführung dieser Arbeit. Die Ausbreitung der Tuberkulose erfüllt uns mit schwerster Sorge. Auch das **Haltekinderwesen** schreit nach Abhilfe. Man darf damit nicht auf das Vorgehen des Reiches warten.

Minister **Siegerwald**: Die Anregungen der Redner werden **sorgfältige** Prüfung finden. Zur **Beratung des Hebammen- und Haltekinderwesens** wird eine Sachverständigenkommission zusammentreten, zu der Parlamentarier, Aerzte und Hebammen zugezogen werden. Die Einrichtung meines Ministeriums hat mit wesentlichen äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Es handelt sich um die Einrichtung von drei Abteilungen: 1. **Wohnungspflege und Jugendfürsorge**, 2. **Wohnungswesen**, 3. **Medizinalwesen**, und es ist noch nicht gelungen, ein in sich geschlossenes Gebäude für diesen großen Betrieb zu finden. Wir hoffen, in einigen Monaten ihnen die Arbeitspläne des Ministeriums vorlegen zu können. Das **Grundproblem für Volksgesundung ist die Verbesserung der Ernährung**. Die Wohnungsnot ist eine **internationale Erscheinung**. Wir werden ihr aber erst dann mit Erfolg entgegentreten können, wenn die **Kohlenfrage** gelöst sein wird. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird jetzt wieder gut gearbeitet. Die **Teuerung** wird so leider als internationale Erscheinung stehen bleiben. Bestimmte Gesetze der **Jugendfürsorge** werden durch Kriegsgesetze ihre Regelung finden. Wir können in der Wohlfahrtspflege nur Schritt für Schritt gehen, aber hier darf nicht gespart werden.

Freitag 12 Uhr: Fortsetzung; vorher **Beratung über die Gütertarife der Staatseisenbahnen.**

Schluß 6¼ Uhr.

Unsere Kriegsgefangenen

Berlin, 18. September.

Die **Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene** teilt mit, daß am 30. September ein dänisches Schiff mit warmer Kleidung, Medikamenten und Liebesgaben Kopenhagen verläßt, dessen Ladung für die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien bestimmt ist. Angehörige können auf diesem Wege schriftliche Mitteilungen, jedoch kein Geld an die in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen gelangen lassen. Die Briefe sind bis zum 26. September der Reichswehrbefehlsstelle Preußen, Abteilung Kriegsgefangenenschutz, Berlin SW. 11, Bring Albrecht-Str. 9, mit der Aufschrift „für Sibirien" zuzuleiten.

Die Verhandlungen mit der **amerikanischen Regierung** über den **beschleunigten Abtransport** der Gefangenen werden fortgesetzt.

Zur Frage der Heimkehr der Kolonialgefangenen aus überseeischen Lagern wird gegenüber zahlreichen Anfragen aus Kreisen der Angehörigen und verschiedenen Pressestimmen von maßgebender Seite folgendes festgestellt:

Bei den Verhandlungen in Köln mit Vertretern der englischen Regierung ist selbstverständlich auch die oben genannte Frage zur Sprache gekommen. Die englischen Vertreter haben zugesichert, daß auch die Heimschaffung der noch in Aegypten, Indien und auf Malta befindlichen Gefangenen sobald als möglich erfolgen soll. Es ist im besonderen zu hoffen, daß die in Aegypten und Malta befindlichen Gefangenen baldigst durch die Schiffe abgeholt werden, die sich mit dem russischen Kriegsgefangenen auf der Fahrt nach dem Schwarzen Meere befinden. Hierbei sei nochmals festgestellt, daß die in Aegypten und Malta geäußerte Ansicht der englischen Lagerbehörden, die deutschen Gefangenen seien frei und brauchten nur von der deutschen Regierung abgeholt zu werden, ungutreffend ist, wie aus dem Vorstehenden hervorgeht.

Die Heimkehr der in Spanien internierten Kamerun-Deutschen ist weiterhin Gegenstand dauernder Verhandlungen. Eine Entscheidung hierüber ist indessen noch nicht getroffen worden. Sie ist abhängig von dem zur Verfügung stehenden Schiffsraum.

*

Die Auslieferungsforderung des Kaisers

Haag, 18. September.

Aus Paris wird gemeldet: Es verlautet, daß der Oberste Rat jetzt endgültig beschlossen habe, Schritte zur Auslieferung des Kaisers zu unternehmen, damit er in England vor einen Gerichtshof gestellt werden kann. Der holländischen Regierung werde demnächst das formelle Ersuchen um Auslieferung überreicht werden.

Die Reichseisenbahn

Leipzig, 18. September.

Heute fand in Leipzig unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Bell eine Besprechung mit sämtlichen Ministern der deutschen Eisenbahnverwaltungen über die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich statt. Hierbei wurde hinsichtlich aller zur Erörterung gestellten Fragen ein erfreuliches Einverständnis erzielt.

Die neuen Putschabsichten

Kattowitz, 18. September.

Die Meldungen von in Aussicht stehenden neuen Unruhen in Oberschlesien scheinen sich in jeder Weise zu bestätigen. Nach außen hin herrscht zwar tiefe Ruhe, im Geheimen aber wird mit allen erdenklichen Mitteln auf einen neuen Putsch hingearbeitet. Das beweisen auch die Ergebnisse der immer noch stattfindenden Durchsuchungen von verdächtigen Wohnungen nach Waffen und Munition. So wurden beispielsweise in Klein-Paniew bei Haussuchungen außer Karabinern noch 3 Kilo Sprengstoff, Zündschnuren, Gewehrmunition und natürlich auch Propagandaschriften in großer Menge vorgefunden. Allerdings finden erfreulicherweise die Hetzer selbst bei ihren eigenen Parteigängern unter der Arbeiterschaft Widerstand, denn die oberschlesische Arbeiterschaft will endlich einmal Ruhe haben, und ist auch bei den letzten großen Unruhen, wie festgestellt, zum großen Teil nur durch Versprechungen und durch rücksichtslosen Terror zur Teilnahme gezwungen worden.

Die Unruhen in Köslin

Köslin, 18. September.

Im Laufe der Nacht kam es zu weiteren Plünderungen. Gegen 11 Uhr stürmte die Menge die am Markt gelegenen Herrenartikel- und Konfektionsgeschäfte von Eduard Baruch und Gebrüder Hirschfeld. Ein Teil der Einwohnerwehr, die einzuschreiten versuchte, wurde entwaffnet. Bei den Plünderungen gab das Militär Feuer. Fünf Personen wurden verwundet, darunter zwei Mitglieder der Einwohnerwehr. In den frühen Morgenstunden trafen Truppenverstärkungen ein.

(Eigene Drahtmeldung der „H. 8.")

Königsberg, 18. September.

Hier ist eine von **polnischer Seite** ausgehende und finanzierte **spartakistische Organisation** aufgedeckt und unschädlich gemacht worden, ehe sie sich voll entfalten und betätigen konnte. Der Hauptschuldige, dessen Nationalität noch nicht feststeht, sowie fünf der größtenteils geständigen Rädelsführer sitzen hinter Schloß und Riegel.

Das Winterprogramm der Spartakisten

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Rheinisch-Westfälische Ztg.": „Nach den äußerlich ruhig verlaufenen Sommermonaten sind in der letzten Zeit drohend die Sturmzeichen wieder am Horizont emporgestiegen, die erkennen lassen, **daß neue Unruhen in der Luft liegen**. Vor etwa zwei Monaten tagte in Essen eine starkbesuchte Kommunistenversammlung, in der ein bolschewistischer Agitator der Partei verkündete, daß die deutsche Kommunistenpartei nur auf das Signal zum Loschlagen warte. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wurde in einer süddeutschen geheimen Konferenz beschlossen, daß russische Bolschewistenführer die oberste Leitung des neuen kommunistischen Umsturzes in Deutschland übernehmen sollen.

Das erste Ziel ist die Entwaffnung der Reichswehr. Eine **Zentralleitung, die ihren Sitz in Leipzig hat**, soll die Umsturzbewegung praktisch durchführen. Die Konferenz beschloß weiter, die Mitglieder der Kommunistischen Partei und der roten Kompagnien im geheimen zu bewaffnen. Den Auftakt wird der **allgemeine Generalstreik in allen deutschen Industriezentren** bilden. Nach Stillegung der Betriebe sollen auf ein gewisses Zeichen hin in allen deutschen Industrierevieren mit einem Schlage die Unruhen ausbrechen. Russische und deutsche Revolutionsführer, die sich zur Zeit in verschiedenen Orten Deutschlands befinden, werden dann nach den ihnen zugewiesenen Schauplätzen abreisen, um die Angriffe zu leiten. Dann tritt die Zentralleitung in Braunschweig in Tätigkeit, die die sofortige Errichtung von revolutionären Tribunalen und schleunigsten Anschluß der deutschen Räterepublik an Sowjetrußland veranlassen wird. Der Umsturzgedanke wird dann weitergetragen werden in die Nachbarländer. Innerhalb weniger Wochen hoffen die bolschewistischen Führer die Welt erobert zu haben."

Die Regierungsstellen in Berlin und Dresden, die in den letzten Tagen die Oeffentlichkeit wegen der Zukunft beruhigen zu können glaubten, werden nicht umhin können, zu dieser „Enthüllung" der „Rhein.-Westf. Ztg." Stellung zu nehmen.

Die Teuerungszulage der Beamten

Im Staatshaushalts-Ausschuß der Preußischen Landesversammlung wurde von der Deutschnationalen Volkspartei folgender Antrag gestellt: Der Staatshaushalts-Ausschuß wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, 1. die einmalige Teuerungszulage den im Ruhestand befindlichen Beamten, Lehrern und Geistlichen sowie den Surnumerariern in derselben Höhe und unter denselben Voraussetzungen wie den aktiven Beamten zu gewähren, 2. in dem Erlaß des Finanzministers vom 4. März 1919 Nr. IV Abs. 2 aufzuheben.

Beide Forderungen wurden abgelehnt. Gegner waren Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum. Für Pensionierte und Supernumerare wird das eine schwere Enttäuschung sein. Am schwersten aber werden die Lehrer durch Ablehnung von Nr. 2 betroffen.

Der Kampf gegen Wilson

Haag, 18. September.

Wie **„Nieuwe Courant"** aus Washington meldet, wird die Debatte im Senat über den Friedensvertrag hitzig. Senator **Borah**, der eine Rundreise durch Amerika machte, um gegen den Vertrag zu sprechen, wurde zu einer wichtigen Republikanerkonferenz nach Washington zurückberufen. Die Republikaner haben die Verhandlungen über den Vertrag noch mehr verzögert dadurch, daß sie die erste Lesung bis zur nächsten Woche hinausschoben. Die Demokraten protestierten heftig und wollten mit Gewalt die Republikaner zu einer schnelleren Aktion bewegen. Senator Sherman nannte Wilson **„einen ungekrönten Monarchen über die westliche Halbkugel". Er fügte hinzu, Wilson schände seinen Präsidenteneid dadurch, daß er einer fremden Regierung, deren Hauptstadt Genf sei, Treue schwöre, und daß er der erste Präsident des Völkerbundes sein wolle.**

Neue Anleihen. Wie verlautet, wird das Reich schon in allernächster Zeit mit einem Anleihebegehren an die Oeffentlichkeit herantreten. Die neuen Anleihen werden mit besonderen Reizmitteln ausgestattet sein, sogenannten Prämienanleihen. Es sind auch besondere steuerliche Vorzugszinsen, besonders bei der Erbschaftssteuer, für sie in Aussicht genommen. Die Anleihen sollen so gestaltet werden, daß sie nicht nur Spielern einen Anreiz gewähren, sondern allen Kapitalisten, auch dem Kleinsten, begehrenswert erscheinen. Eine Schädigung der Kriegsanleihebesitzer soll unter allen Umständen vermieden werden.

Ein neuer deutscher Höhenweltrekord. Ein verstangungsloses Junker-Flugzeug stellte einen neuen Höhenweltrekord auf. Es erreichte mit acht Personen eine Höhe von 6750 Metern. Bei seinem Fluge, dem als sachverständiger Gutachter der Deutschen Versuchsanstalt der Luftschiffahrt Diplom-Ingenieur Gsell beiwohnte, war das Metallflugzeug ausgerüstet mit einem 185pferdigen Höhenmotor der Bayerischen Motorenwerke.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

46] Roman von Artur Brausewetter.

„Und wissen Sie auch, was Sie damit tun"? Der Justizrat sagte dies mit nachdrücklicher Betonung.

„Ich nehme es auf mich."

„Sie setzen sich — nein, nein, ich will Sie nicht beleidigen — jetzt nicht — aber wenn Sie meine Tochter lieben, wenn ich sie Ihnen anvertrauen soll fürs Leben, so gibt mir das ein Recht, Ihnen auch, dies noch zu sagen", und nun die Stimme, der er genug Gewalt angetan zu haben meinte, zu gesteigertem Ausdruck erhoben, fuhr er langsam, jedes Wort betonend, fort: „Herr Staatsanwalt — das, worauf Sie so eigenwillig pochen, was Sie Ihre Ueberzeugung nennen — das ist keine Ueberzeugung mehr, das ist etwas ganz anderes. Ein Wahn ist es — ein furchtbarer, nur ein Wahn!"

„Dann ist jede Ueberzeugung nur ein Wahn!"

„Sie stehen allein da unter Tausenden! Und unter ihnen Männer, wie Sie nicht leugnen können, von hoher Einsicht und bedeutender Erfahrung — nicht ehrenwerte nur, nein, kluge und einsichtsvolle Männer. — Und diese alle sollten sich irren und Sie allein recht haben? — Alles gegen Sie! Keiner für Sie! Und Sie wollen allein als der eine Einzige eine Ansicht vertreten, die unhaltbar ist .."

„Die Menschen, Herr Justizrat", rief der Staatsanwalt bitter lachend, „folgen dem Haufen blindlings — mit denen, die Sie Männer nennen, können Sie machen, was Sie wollen — ich habe mich nie wohl gefühlt in der Herde."

„Und auf diesen armseligen Stolz wollen Sie nun den Trumpf setzen."

„Ja, und wenn ich das Spiel verliere, wenn dieser Prozeß mir Feindschaft bringt und Haß und was er will — ich kann nicht anders — kann nicht!"

„Gut denn — Sie können nicht anders — ich auch nicht, Herr Staatsanwalt! Und nun hören Sie mein letztes Wort. Wenn Sie der Liebe zu meiner Tochter — und triebe Sie auch nichts anderes dazu — diesen Wahn nicht opfern können oder wollen — wenn Sie wirklich entschlossen sind, morgen in der großen Oeffentlichkeit einen Schritt zu unternehmen, der Sie — ich muß es sagen — unmöglich macht — so führe ich einen längst beschlossenen Plan noch morgen aus. Sofort nach Ausgang dieses Prozesses schicke ich meine Tochter in die weite Ferne zu Verwandten, löse kraft meines väterlichen Rechts Ihre Verlobung und hebe jeden weiteren Verkehr zwischen Ihnen beiden auf. — Mich trifft keine Schuld. Ich als der ältere bin zu Ihnen gekommen, ich habe gebeten und gewarnt, das äußerste abzuwenden. Sie, Herr Staatsanwalt, Sie allein haben die Brücke abgebrochen zwischen uns und Ihnen, die letzte Möglichkeit einer friedlichen Vereinigung von sich gestoßen. Die Verantwortung tragen Sie für das, was jetzt geschieht — so — jetzt habe ich das meine getan."

„Ich kann nicht anders, Herr Justizrat."

„Ist das Ihr letztes Wort?"

„Mein allerletztes."

„Nun dann — die Friedenshand haben Sie zurückgewiesen! Zum Kampf denn morgen vor den Schranken des Gericht — leben Sie wohl!"

Er nahm seinen Hut und wandte sich mit einer leichten Verbeugung zum Gehen, ohne dem Staatsanwalt die Hand zu reichen. Er ging sehr langsam, er dachte immer noch, der Staatsanwalt würde sich eines Besseren besinnen und ihn zurückrufen.

Der aber stand unbeweglich, die beiden Arme über der Brust verschränkt — der Ausdruck der Entschlossenheit auf den ernsten Zügen war noch unbeugsamer geworden.

Nur als die Tür hinter dem Justizrat ins Schloß fiel, fuhr er zusammen, als erwache er aus seiner Versteinerung, die Arme fielen müde auf den Oberkörper herab, die Hände falteten sich unwillkürlich. „Du mein Gott, Du weißt es — ich kann nicht anders. Aber alles verlieren! — Alles! — eines Wahnes wegen, wie er sagt — das ist furchtbar! Ich werde morgen eine Niederlage erleiden, wie nie einer vor mir — man wird die Achseln über mich zucken — man wird an meiner Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Das alles will ich, muß ich tragen — aber Gerda?" Er lachte bitter auf. „Nun, sie wird sich trösten über den Narren, der für ihren Besitz nicht — einen Wahn opfern konnte!"

„Wenn einer wenigstens hier wäre, der mir Rettung brächte, der mich heilte von diesem Wahn. Aber so bin ich ganz allein und muß mir alles sein!"

Der gellende Ton der Klingel unterbrach sein quälendes Selbstgespräch —, die Wirtin stürzte in das Zimmer.

„Ein Eilbrief für den Herrn Staatsanwalt."

Er öffnete und trat mit dem Brief unter das Licht der Lampe. Die großen, starken Züge hatten ihm sofort gesagt, von wem er kam, und auf diese Nachricht gerade hatte er gewartet. Er las:

„Mein lieber Herr Kollege!

Ich danke Ihnen für die freundlichen Berichte, die Sie mir über die Verhandlungen in Kronburg hierher in mein stilles Badeleben gesandt haben. Interessieren mich dieselben doch nicht minder wie fast die ganze Welt! Ich hatte mir vorgenommen, nicht eher an Sie zu schreiben, als die Verhandlungen beendet waren, wenngleich ich, offen gestanden, schon in den ersten Tagen nicht immer mit Ihren Ausführungen einverstanden war.

Nun aber habe ich außer den Ihren noch andere Briefe aus Kronburg erhalten — ja eben empfange ich von einem unbeteiligten Juristen, auf dessen Ansicht ich stets großen Wert gelegt habe, ein längeres Schreiben, das Sie und Ihr Verhalten sachlich auf das schärfste verurteilt. Dazu erfahre ich auf telegraphischem Wege, daß jenes Messer, an dem alles für mich hing, bei dem Dachdecker Hoch versteckt gefunden ist. Sie wissen, lieber Herr Kollege, daß die Verdachtsmomente gegen diesen Mann schon so groß genug waren — nach dieser neuesten, erstaunlichen Entdeckung erscheint mir seine Schuld zweifellos. So viel ist mir jedenfalls aus der ganzen Verhandlung, die ich mit eifrigster Gewissenhaftigkeit studiere, klar geworden, daß auf der Anklagebank eine Unschuldige sitzt, daß wir das Verfahren gegen sie zu unrecht erhoben haben. Ich glaube nun bestimmt, daß auch Sie, verehrtester Kollege, zu gleichem Ergebnis gekommen wären — da mir aber eben noch das Gegenteil telegraphiert wird, so halte ich es für meine Pflicht, auf schnellstem Wege zu warnen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909191-11/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

Großthüringen

Die Geburt des neuen Staates Großthüringen geht nicht so fix vor sich, wie es viele gedacht haben. Nachdem sich in der Zeit neue Schwierigkeiten ergeben haben, ist jetzt insofern Klärung eingetreten, als von Weimar aus ein kräftiger Anstoß nach der Richtung unternommen werden soll, die bisherigen sechs Kleinstaaten, die den Gemeinschaftsvertrag angenommen haben, zu einem Staate Kleinthüringen mit der Hauptstadt Weimar zusammenzuschließen und für Meiningen und Koburg den Beitritt offen zu lassen. Weimar wird schon immer kein Interesse am Beitritt preußischer Gebietsteile, weil dann ja Erfurt als Hauptstadt in Frage kommt. Koburg ist ja die Volksabstimmung nun verloren worden und die Bayernfreunde atmen auf, weil sie einem glänzenden Reinfall bewahrt wurden. Uebrigens finden im Laufe der Woche erneut Verhandlungen zwischen dem weimarischen Minister Paulsen und dem preußischen Minister von Brandenstein in Meiningen und Koburg statt. Weitere Verhandlungen werden dann unter Beteiligung des Reiches in Weimar gepflogen werden. Am nächsten Sonntag findet in Weimar eine Parteikonferenz der Thüringer Mehrheitssozialdemokraten statt, auf der die Parteiorganisation für Großthüringen einschließlich der preußischen Gebietsteile geschaffen werden soll.

*

Tagung der Deutschnationalen Volkspartei

Landesverband Thüringen.

Tagung des Weiteren Vorstandes Mittwoch, den 8. Oktober, vormittags 9 Uhr in Erfurt, „Erfurter Hof". Eingeladen sind alle Mitglieder des Landesvorstandes, die im Verbandsgebiet gewählten Abgeordneten zu den gesetzgebenden Versammlungen, je ein Vertreter des Landesfrauenausschusses und des Berufsständischen Landesausschusses sowie von jeder Bezirksgruppe je ein Vertreter für jedes angefangene Fünfhundert der Mitglieder. Die Parteisekretäre und geschäftsführenden Parteibeamten nehmen an der Tagung mit beratender Stimme teil, soweit sie nicht zu den Bezirksgruppen als stimmberechtigte Vertreter entsandt werden. Anmeldungen unter Angabe etwaiger Wünsche bezw. Anfrageerinnerungen erbeten bis zum 30. September an die Geschäftsstelle des Landesverbandes: Erfurt, Gartenstraße 38.

*

r. **Spickendorf**, 17. Sept. (Wahl.) Zum Gemeindevorsteher wurde der Stellmachermeister Geisler gewählt. Im Nachbarort Schwerz wurde Rittergutsbesitzer Dippe als solcher wiedergewählt.

— **Weißenfels**, 17. Sept. (Jungmädchenfest.) Der Gebiet des Kreises Weißenfels feierte am 14. September in Deutschen sein wohlgelungenes Jungmädchenfest. Die Festwiese prangte von buntem Gewimmel. Volkstänze, Singspiele und lustige Reigen boten ein abwechslungsreiches Bild.

— **Eilenburg**, 17. September. (Schwerer Doppelraubmord.) Eine schreckliche Tat ist im Hohenprießniter Gemeindebezirk verübt worden. Dort liegt, völlig abseits vom Dorfe und von der breiten Landstraße, zwischen Zschepplin und Hohenprießnitz, etwa einen Kilometer vor dieser Ortschaft, nach der Mulde zu, das Anwesen der 64jährigen Witwe Hempel, das sie mit ihrem 15jährigen Neffen Georg bewohnt wird. In den gestrigen Abend- oder den heutigen Morgenstunden sind Verbrechen hier eingedrungen, haben die alte Frau und den jungen Menschen abgewürgt und die Leichen dann 10 Meter vom Hause weggetragen und hinter einen Holzschober gelegt. Dort fand sie heute früh 9 Uhr der in Eilenburg wohnende Sohn, der seine Mutter zu besuchen gekommen war. Er fand beide Leichen, völlig angezogen, mit Stricken um den Hals gewürgt, die Mutter dazu noch an einen Baum gebunden. Im Hause waren alle Behälter durchwühlt; es fehlt eine größere Summe Geldes und mehrere Sparkassenbücher auf verschiedene Kassen. Die Täter — es kommen wohl mehrere in Betracht — müssen mit den Oertlichkeiten sehr vertraut gewesen sein.

— **Teuchern**, 17. Sept. (Das alte Lied. — Unglücksfall. — Mietseinigungsamt.) In Rumsfall spielte eine Junge mit einer Armeepistole. Dieselbe war geladen. Der Schuß ging los. Ein anderer Knabe wurde so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus nach Hohenmölsen gebracht werden mußte. — Im Baggerbetriebe auf Grube b. Vok löste sich die Deckung eines Dampfkessels. Durch das herausströmende Wasser wurden zwei Arbeiter schwer verbrüht. — In Teuchern ist für den Stadtbezirk ein Mietseinigungsamt errichtet worden. Beisitzer gehört ein Hausbesitzer und ein Mieter an. Vorsitzender ist Amtsrichter Dr. Pfeiffer, dessen Stellvertreter der Rechtsanwalt Wünschel. Jeder Mietsvertrag ist innerhalb einer Woche von dem Vermieter dem Einigungsamt anzuzeigen.

t. **Quedlinburg**, 17. Sept. (Verschiedenes.) Der hiesigen städtischen Frauenschule wurde vom Minister der Charakter als Ober-Lyzeum verliehen. — Bei einem Einbruchsdiebstahl bei der Firma Geschwister Wolff in der Bahnhofstraße wurden für 16000 Mark Seidenwaren erbeutet. Für weitere 86 500 Mark waren bereits in zwei Paketen zum Versenden fertiggemacht und auf den Hof gestellt. Die Einbrecher sind aber gestört worden und mußten auf der Flucht diese beiden Pakete zurücklassen.

Aus Thüringen

— **Weimar**, 18. Sept. (Der Ruck nach rechts in Weimar.) Zu dem Ausfall der Bezirksausschußwahlen im Staate Weimar wird uns berichtet: Die Wahlbeteiligung war sehr schwach, sie betrug durchschnittlich 20 bis 25 v. H. der Wahlberechtigten. An Stimmen wurden abgegeben im: 1. Verwaltungsbezirk (Weimar, Ilmenau, Blankenhain): Thüringer Bauernbund (Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Bund der Landwirte) 4342 Stimmen (6 Sitze), Demokraten 953 (1 Sitz), Sozialdemokraten 2528 (4 Sitze). 2. Verwaltungsbezirk (Apolda, Jena): Thür. Bauernbund usw. 4417 Stimmen (5 Sitze), Demokraten 1905 Stimmen (2 Sitze), Sozialdemokraten 3142 Stimmen (4 Sitze). 3. Verwaltungsbezirk (Eisenach, Gerstungen): Thür. Bauernbund usw. 3488 Stimmen (5 Sitze), Demokraten 567 Stimmen (kein Sitz), Sozialdemokraten 1145 Stimmen (1 Sitz). Unabhängige Soz. 2562 Stimmen (3 Sitze). 4. Verwaltungsbezirk (Rön, Dermbach): Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 1867 Stimmen (2 Sitze), Demokraten 817 Stimmen (1 Sitz), Zentrum 2524 Stimmen (3 Sitze), Sozialdemokraten 2254 Stimmen (3 Sitze), Unabhängige Soz. 672 Stimmen (kein Sitz), Kriegsbeschädigte 354 Stimmen (kein Sitz). 5. Verwaltungsbezirk (Meiningen Kreis): Thüringer Bauernbund usw. 5110 Stimmen (6 Sitze), Demokraten 753 Stimmen (kein Sitz), Freie Vereinigung 604 Stimmen (kein Sitz), Sozialdemokraten 2721 Stimmen (3 Sitze), Unabhängige Soz. 491 Stimmen (kein Sitz). Die Unabhängigen beteiligten sich schwach oder gar nicht, um so stärker der Thüringer Bauernbund, der auf dem Lande führend ist. Auffallend ist der Rückgang der Demokraten zugunsten der Deutschnationalen Volkspartei.

5. **Eisenach**, 18. Sept. (Der Belagerungszustand.) Eisenach und Umgegend wurde aufgehoben.

— **Koburg**, 18. Sept. (Ueber die Neuorganisation des Volksschulwesens) im Freistaat Koburg wird berichtet: Die Neugestaltung behandelt in drei Abschnitten Schulleitung, Schulverwaltung, Lehrerräte. Die wichtigsten Bestimmungen besagen: Die Schulleiter sind Organe, deren sich die Vorgesetzten für ihre die Schule betreffenden Anordnungen und Ermittlungen bedienen. Der Schulleiter ist nicht Vorgesetzter, sondern den Mitgliedern des Lehrerkörpers gleichgeordnet. Er hat nicht das Recht, die Unterrichtstätigkeit der fest angestellten Lehrer zu beaufsichtigen. An der einklassigen Volksschule ist der Lehrer Schulleiter. An Volksschulen mit zwei bis fünf Lehrern wird die Leitung vom Staatsministerium einem Lehrer übertragen. Die Leitung der Schulen mit mehr als fünf Lehrern beruht auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung und geschieht durch den Lehrkörper unter dem Vorsitz des Schulleiters. Die Schulleiter dieser Schulen werden aus mindestens drei von den an der Schule tätigen Lehrpersonen vorgeschlagenen Lehrern vom Schulvorstand in geheimer Wahl ausgewählt und vom Staatsministerium bestätigt. Die Wahl erfolgt erst auf fünf Jahre, dann auf Lebenszeit. Der Schulleiter ist gleichgeitig Lehrer und Verwaltungsbeamter und erhält eine besondere Stellenzulage. Die Schulverwaltung wird getrennt in die Schulpflege und in die Schulaufsicht. Die Schulpflege wird durch den Schulvorstand, die Schulaufsicht durch den Bezirksschulinspektor ausgeübt.

Aus Anhalt

r. **Dessau**, 18. Sept. (Deutscher Evangelischer Gemeindetag.) Die Tagung des Deutschen Evangelischen Gemeindetages der Landesgruppe Sachsen-Anhalt findet am Montag, den 29. d. M., in Dessau statt. Nach Morgenandacht und Eröffnungsansprache hält Prof. D. Schian-Gießen einen Vortrag über „Pflicht und Recht des Gemeindedienstes der Laien im Neubau der kirchlichen Verfassung", dem sich eine Aussprache anschließt. Nachmittags spricht Generalsuperintendent D. Jacobi-Magdeburg über „Der Seelsorgedienst der Frau in seiner Bedeutung für die Lebendigmachung der Gemeinde", worüber gleichfalls eine Aussprache stattfindet. — Um 8 Uhr ist kirchlicher Gemeindeabend, auf dem Justizrat Elze-Halle das Thema behandelt „Ohne Kirche kein Aufstieg" und Pastor Dannell-Magdeburg über „Du und Deine Gemeinde" spricht.

1. **Dessau**, 17. Sept. (Großfeuer.) Am Dienstag abend gegen 9 Uhr brach auf dem Grundstücke des Landwirts und Schmiedes Friedrich Sachsenberg im benachbarten Horstdorf Feuer aus, durch welches die ausgedehnten Stallungsgebäude innerhalb kurzer Frist vollständig vernichtet wurden. Es wird Brandstiftung vermutet. Bei dem Brande sind größere Getreide-, Stroh- und Heuvorräte vernichtet worden, doch konnte man das ausgedroschene Getreide sowie den größten Teil des Viehes rechtzeitig in Sicherheit bringen. Fünf Stück Rindvieh wurden durch das Feuer so schwer beschädigt, daß sie sofort abgeschlachtet werden mußten. Etwas Geflügel ist in den Flammen umgekommen. Der freiwilligen Crissfeuerwehr sowie den aus der Nachbarschaft herbeigeeilten Feuerwehrmannschaften gelang es dank der Windstille, das massive Wohnhaus sowie ein massives Hintergebäude zu retten. Der Brandschaden ist angeblich sehr groß.

e. **Güsten**, 18. Sept. (Handel mit Lebensmittelkarten.) Bei den Güstener Putschen spielte der Kriegsinvalide Gräser eine besondere Rolle. Die Unabhängigen sorgten dafür, daß er mit der Ausgabe der Lebensmittelkarten im Rathaus betraut wurde. Hier hat er aber eine heillose Wirtschaft betrieben. Er veranstaltete gern ausgedehnte Zechgelage; dazu aber scheinen seine Bezüge nicht ausgereizt zu haben. Er begann dann einen Handel mit Lebensmittelkarten, der allmählich ziemlich schwunghaft geworden zu sein scheint. Zunächst wagte natürlich niemand, gegen den „Unabhängigen" etwas zu unternehmen. Schließlich beauftragte der Gemeinderat eine Kommission mit der Prüfung der Kartenausgabe. Diese Kommission vermochte aber nichts festzustellen. Nun wurde eine andere Kommission unter Führung des Bürgermeisters mit erneuter, schärferer Kontrolle beauftragt, und diese ergab, daß G. täglich Lebensmittelkarten unterschlagen hatte. Feststeht, daß er mindestens 100 Brot- bzw. 200 Zuckerkarten beiseite gebracht und verkauft hat. In die Angelegenheit sind einige weitere Personen verwickelt. Der Gemeinderat beschloß, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Inzwischen hat Gräser aber Güsten bei Nacht und Nebel verlassen.

Aus Anhalt.

— **Leipzig**, 18. Sept. (Wegen Landesverrat verurteilt.) Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den 45 Jahre alten Kaufmann Julius Seiverin aus Stuttgart wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahre drei Monaten Festungshaft. Seiverin hatte im Februar dieses Jahres einen an der Grenze aufgehaltenen Brief an das Staatsoberhaupt einer neutralen Macht geschrieben, durch den, wenn er in die Hände einer feindlichen Kriegsmacht gelangt wäre, dem Deutschen Reiche Nachteile zugefügt worden wären.

— **Leipzig**, 18. Sept. (Ein Opfer des Spiels.) Nach Unterschlagung von 20 000 Mark Geldern aus der Geschäftskasse hat sich der Bürovorsteher eines Leipziger Rechtsanwalts der Staatsanwaltschaft gestellt. Das Geld hat der Leichtsinnige im Spiel verloren.

— **Leipzig**, 18. Sept. (Für 50000 Mark Schmucksachen gestohlen.) Nach einer Mitteilung des Leipziger Polizeiamtes hat ein angeblicher Oberleutnant Kuno von Panthen, der am 27. Oktober 1885 in Mrotschen geboren sein will, dort aber nicht bekannt ist, am 10. d. M. aus einem Pfandleihgeschäft für 50 000 Mark Schmucksachen, Uhren, Ringe usw., alles Pfandobjekte, die in einem Gardschranke aufbewahrt waren, gestohlen und ist seitdem verschwunden. Auf seine Ergreifung sind 500 Mark Belohnung ausgesetzt.

— **Chemnitz**, 18. Sept. (Bund der Studierenden.) Ein Bund der Studierenden höherer technischer Lehranstalten Deutschlands wurde in Chemnitz gegründet. Er hat die Aufgabe, eine wirksame Interessenvertretung der Studierenden zu ermöglichen. Der Bund umfaßt bereits 4500 Mitglieder. Vorläufiger Sitz ist Ilmenau (Thür.).

Halle und Umgebung

Halle, 19 September.

Strafkammer

Der Soldat Gustav Koennide, von der Militärbehörde dem bürgerlichen Gerichte zur Aburteilung überwiesen, war des Landfriedensbruches und der Unterschlagung angeklagt; er bestritt, an einer Zusammenrottung teilgenommen zu haben, gab aber zu, am 2. März einen Regulator und einen Samtmantel von der Straße aufgenommen zu haben, allerdings in der Absicht, die Sachen abzugeben. Da dem Angeklagten die Teilnahme an einer Zusammenrottung nicht nachgewiesen werden konnte, so wurde er von der Anklage des Landfriedensbruches auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen, wegen Unterschlagung der Sachen aber Antragsgemäß zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein Ehepaar war vor einiger Zeit wegen Hehlerei von Plündergut zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden unter Freisprechung von der Anklage des Landfriedensbruches; wegen der Verurteilung hatte es Revision eingelegt, der stattgegeben wurde, so daß die Sache jetzt erneut zur Verhandlung stand. Der Angeklagte hatte am 2. März abends gegen 9 Uhr im Flur des von ihm mitbewohnten Hauses 5 blaue Arbeitshosen, 5 blaue Arbeitsjacken und eine Mißblaue Damenjolfjacke gefunden und sich genommen, wie er heute wieder angab, um sie bei der Polizei abzugeben. Weil er aber Angst gehabt hatte, in den bewegten Tagen fortzugehen, bewirkte er die Abgabe erst zwei Tage später, am 4. März. An jenem Abend war zufällig eine Hausgenossin dazu gekommen, als der Angeklagte die Sachen aufgenommen hatte, und dieser hatte er zu seinem Glücke, wie sich jetzt herausstellte, gleich von dem Funde Mitteilung gemacht und erwähnt, er würde die Sachen zur Polizei tragen; die in der Hauptverhandlung anwesende Zeugin konnte das unter ihrem Eide bekunden, so daß das Ehepaar nunmehr auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen wurde.

Der Arbeiter O. B. war am 3. März früh von Hause fortgegangen, um Kartoffeln zu hamstern, er kam nach Sennewitz, Wallwitz, Nauendorf, wo er überall vergeblich versucht haben will, Kartoffeln einzukaufen; von Nauendorf hat er mit der Bahn zurückfahren wollen, aber keinen Zug erreicht, so daß er sich abends gegen 6 Uhr aufmachte, den Weg nach Halle zu Fuß zurückzulegen. Als er abends nach Halle kam, vermutete er in dem Keller eines Hauses in der Ludwig-Wucherer-Straße Kartoffeln, stieg hier ein, fand aber zu seiner Enttäuschung keine Kartoffeln, dagegen andere Lebens- und Genußmittel, von denen er 9 Gläser mit eingekochtem Fleisch, 3 Gläser mit Bienenhonig, je eine Flasche Rotwein und Kirsch und etwas Käse mitnahm. Als er von der Wuchererstraße sich ins Stadtinnere begab, wurde er von Schutzleuten angehalten, von denen er auch erst erfuhr, daß am Mittag des Tages von General Maercker der Belagerungszustand über Halle erklärt war. Er hatte sich nun wegen Uebertretung der Sperrzeit und wegen des Einbruchsdiebstahls zu verantworten, wurde aber in erster Beziehung freigesprochen, wegen des Diebstahls aber zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 2 Monate der Untersuchungshaft als verbüßt in Anrechnung gebracht wurden; auch wurde der Haftbefehl aufgehoben und der Angeklagte sofort freigelassen. Er ist 32 Monate im Felde gewesen, stark kriegsbeschädigt und nicht mehr in der Lage, seinen linken Arm bei der Arbeit zu gebrauchen, weshalb er sich als Handelsmann zu ernähren sucht; zu seinem Schutze trägt er einen Revolver, den er auch bei der Verhaftung bei sich hatte, was seine Stellung aber nicht verbessern konnte.

— **Haferdruschverbot.** Gemäß § 5 der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 1. September 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1495) ist das weitere Ausdreschen von Hafer ohne vorherige Genehmigung des Kommunalverbandes vor dem 16. Oktober 1919 verboten. Zur Förderung des Ausdruschs von Brotgetreide und Gerste wird der hiesige Kommunalverband von der Befugnis, den Haferausdrusch ausnahmsweise schon vor dem 16. Oktober zu gestatten, nur in den allerdringendsten Fällen Gebrauch machen. Etwaige Anträge auf Gestattung des Haferausdruschs vor dem 16. Oktober sind schriftlich bei dem Magistrat — Kriegsbrotausschußbüro — einzureichen. Bei Zuwiderhandlungen gegen das Ausdruschverbot wird neben der Bestrafung die Eingziehung des verbotswidrig gedroschenen Hafers erfolgen.

— **Handel mit Gerste.** Infolge irreführender Pressenotizen ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß Gerste nicht mehr beschlagnahmt ist. Der Magistrat macht deshalb darauf aufmerksam, daß Gerste nach wie vor für den Kommunalverband beschlagnahmt ist.

— **Beratungsstelle für entlassene Militärpersonen.** Auf Befehl des Kriegsministeriums — Reichswehr-Befehlsstelle Preußen — ist beim Versorgungsamt des IV. A.-K. in Magdeburg eine Beratungsstelle für entlassene Militärpersonen eingerichtet, die alle diejenigen Personen des Soldatenstandes, die durch die Verkleinerung des Heeres gezwungen oder freiwillig ausscheiden, bei ihrem Berufswechsel beraten und unterstützen wird. Die Tätigkeit der Beratungsstelle ist vollkommen unentgeltlich. Sie steht zu diesem Zwecke mit Behörden und den Organisationen der großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Verbindung und ist auch in der Lage, den Anstellung und Arbeit suchenden Offizieren, Beamten, Militäranwärtern und Kapitulanten offene Stellen vorzuschlagen oder solche zu vermitteln. Auskünfte werden schriftlich und mündlich erteilt; letzteres zwischen 11 Uhr vormittags und 1 Uhr nachmittags, am besten nach vorheriger Anmeldung, da der Leiter der Beratungsstelle zeitweise dienstlich abwesend ist. Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle, deren Geschäftszimmer sich beim Versorgungsamt in der Wilhelmstraße befindet, kann allen Beteiligten nur dringend empfohlen werden.

— **Die 8. pastorale Gemeinschaftskonferenz** tagte am Montag und Dienstag im Stadtmissionshause. Nach Eröffnung durch Pastor Winterberg-Halle hielt Lic. Pastor Fülltrug-Berlin einen Vortrag über „Die Aufgaben der Volksmission an der Erweckung und Erneuerung unseres Volkes", der in der Forderung gipfelte: Christus für unser Volk, für jeden Stand, für jedes Haus, für jede Seele. Am Abend bereiteten sich die Teilnehmer zu einer Bibelbesprechung über Matth. 5,20 ff „Der Geist unter dem Gesetz", die durch Pastor Lüdecke-Stafsfurt eingeleitet wurde und zum gemeinsamen Gebete. Der Dienstag wurde mit einer Andacht von Superintendent Moehr-Halle über 1. Timotheus 2, 1 eröffnet, worauf Pastor Thimme-Marburg einen tiefgehenden Vortrag über: „Unsere Seelsorge" hielt, der die Fragen beantwortete: Was ist Seelsorge, haben wir Seelsorge, wie üben wir praktische Seelsorge? Der Vortrag wird weiteren Kreisen durch den Druck zugänglich gemacht werden. Am Nachmittag sprach Pastor Schlegelmilch-Ziegelroda über „Einsames und gemeinsames Gebet." An jeden der Vorträge schloß sich eine anregende Besprechung.

— **50jährige Jubelfeier.** Auf 50 Jahre heimatlicher Missionsarbeit konnte am 9. September der Sächsische Provinzialhilfsverein für die Goßnersche Mission zurückblicken. Zu seinem Jubelfest in Naumburg überbrachten Konsistorialrat Kalmus-Magdeburg die Grüße des Evang. Konsistoriums und Missionsinspektor Rotterberg-Berlin die des Kuratoriums der Goßnerschen Mission. Pastor Dr. Schladebach-Dedendorf hielt einen Vortrag: „Was lehrt uns die 50jährige Geschichte unseres Vereins?", in dem er im Anschluß an die Persönlichkeit Goßners die Notwendigkeit persönlichen Gepräges bei aller Missionsarbeit und die Wichtigkeit eines Freundeskreises hinter der Front der Missionare betonte. Im Feststottesdienst in der Wenzelskirche predigte Konsrat Kalmus über Lucas 22, 31—32 und wies auf die ältliche Macht und innere Stärkung gegenüber allen satanischen Mächten der Gegenwart hin. Die Nachversammlung wurde durch P. Behrens-Naumburg mit der Losung des Tages Psalm 63,8 eröffnet. Der Präses der Kols-Mission, der ehrwürdige D. Dr. Alfred Rotrott hatte, durch Krankheit verhindert, einen Gruß gesandt, in dem er der festen Zuversicht für Goßners Mission Ausdruck gab. Welche Zuversicht durchwehte den Vortrag des Missionsinspektors Rotterberg, in dem er u. a. ein lebensvolles Bild des aus Wippra stammenden und durch seine Schlangenmedizin bekannt gewordenen Missionars Lorbeer zeichnete, der 5 Jahre unter den Kols und 50 Jahre unter den Hindus segensreich gearbeitet hat. Missionar Diller schilderte die Arbeit unter dem Kols. Die Kollektengaben beliefen sich auf 1000 Mk. Eine von Dr. Schladebach herausgegebene Festschrift behandelt unter dem Titel „Hinter der Front" fünfzig Jahre heimatlicher Missionsarbeit. Hinzugefügt sind zwei Aufsätze: „Die Sachsen in der Goßnerschen Mission" von Missionsinspektor Förtsch und „Takarma, die Pflegestation des Sächsischen Provinzialhilfsvereins" von Missionsinspektor Rotterberg.

— **Die Gewerbesteuerrollen** der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1919 liegen vom 22. September bis einschließlich 6. Oktober 1919 im Steuerbüro, Rathausstraße 17, I, Zimmer 1, zur Einsicht aus. Die Einsicht in die Rollen ist nur den Steuerpflichtigen hiesiger Stadt gestattet.

— **Aus der Domgemeinde.** Wegen der Beleuchtungsschwierigkeiten finden bis auf weiteres die Nachmittagsgottesdienste im Dom nicht um 6, sondern schon um 4 Uhr statt. — Nächsten Sonntag, den 21. d. M. wird im Hauptgottesdienste der Domkirche nicht, wie in den Kirchlichen Nachrichten aus der Domgemeinde irrtümlich angegeben ist, Divisionspfarrer Schneider, sondern Geh. Konsistorialrat Josephson predigen.

— Ueber „Zwei Grabinschriften" wird Superintendent Schmidt am nächsten Sonntag abends 8¼ Uhr im Stadtmissionshause, Weidenplan 4, sprechen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909191-11/fragment/page=0003

— **Der Verein für Naturkunde hält am Sonnabend um 8½ Uhr** abends eine Versammlung im Koburger Hofbräu (Kaulenberg 1) ab. Herr Rosenbaum spricht über „Pflanzen aus dem Moor von Modrehna mit genauerer Besprechung des Sonnenaus". Gäste sind willkommen.

— **„Vivarium", Verein für Aquarien- und Terrarienkunde, E. V.** Die nächste Vereinssitzung findet am Freitag, den 19. September, abends pünktlich um 8½ Uhr im Vereinslokal, Bauers Restaurant, hier, statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vorträge: a) Polypen (Herr Jentsch); b) Encytreenzucht (Herr Böttcher); c) Vermehrung von Wasserpflanzen (Herr Schortmann), mit daran anschließender Aussprache. 3. Verlosung. Gäste herzlich willkommen!

— **Eine fettreiche Woche** steht uns in Halle bevor. Es werden in der nächsten Woche 50 Gramm Butter und 50 Gramm Margarine von der Stadt an die Person ausgegeben.

— **Die Kartoffelkleinhändler** werden vom Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß die abgetrennten Abschnitte der Kartoffelkarten vom Freitag, den 19. September ab im Stadternährungsamt nicht mehr 1. Obergeschoß im großen Saal links, sondern im 3. Stock, Zimmer 46, abzugeben sind.

— **Doppeljubiläum.** Am 15. d. M. konnte die Firma Paul Göldner, Koffer- und Lederwarenfabrik, ein seltenes Doppeljubiläum begehen. Herr Göldner übernahm am 15. September 1894 das damalige Herrmannsche Sattlergeschäft, und am gleichen Tage trat auch der jetzige Werkmeister, Herr Paul Rauchfuß, bei der Firma in Arbeit. Herr Rauchfuß, der ununterbrochen bei Herrn Göldner 25 Jahre lang tätig ist, wurde zu diesem Tage von seinem Arbeitgeber und den Angestellten der Firma ganz besonders geehrt. Am Nachmittag fand im Hotel „Rotes Roß" eine größere Feier statt. Herr Göldner wurde durch Ansprachen beglückwünscht und eine Menge Blumenspenden sehr geehrt.

— **Zeitbilder der „H. J."** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus. Die Gedenkfeier der Tannenberg-Schlacht auf dem Marktplatz des wieder aufgebauten Hohenstein (Ostpr.). Eine vulkanische Katastrophe in Java am Fuße des Klofs-Kraters, wo warme Lavaströme ausbrechen, eine ganze Ortschaft verschüttetem und 7000 Opfer forderten. Die amerikanischen Vorräte in Frankreich. Blick in ein Materiallager der amerikanischen Armee.

„H.J." Sportberichte

Rennen zu Berlin-Grunewald

Donnerstag, den 18. September.

1. Langenbielau-Rennen. 8000 Mk. 2000 Meter. 1. Friedensritter (Kränzlein). 2. Politur. 3. Kürassier. Toto für Sieg 81. Platz: 25, 22, 24. Ferner liefen: Liebermann, Munkacs, Namur, Reif, Schwerenöter, Peredur, Radieschen, Belladonna, Silberkugel.

2. Namouna-Rennen. 12 000 Mark. 1000 Meter. 1. Sultana (Zimmermann). 2. Toison. 3. Sauerklee. Toto für Sieg: 50. Platz: 117, 206, 189. Ferner liefen: Siebenschläfer, Glanz, Kiefer, Ludowika, Patriot, Page, Geißler, Chalzit, Provinzler, Komponist, Landratte, Gaugraf, Lariaja, Flamme.

3. Aßeburg-Rennen. 40 000 Mk. 1200 Meter. 1. Optimist (Zimmermann). 2. Dilila 3. Freda. Toto für Sieg: 14. Platz: 12, 20, 30. Ferner liefen: Wellenbrecher, Leuchtturm, Denkmünze, Armenier, Oblate, Fernande.

4. Zeebogel-Rennen. 12 000 Mk. 1600 Meter. 1. Pema (Dreißig). 2. Graf. 3. Mondnacht. Toto für Sieg: 41. Platz: 21, 50, 51. Ferner liefen: Friedenstaube, So, Presto, Pema Eisvorjo, Lodz, Kindermann, Trompeter, Jadroma, Gladiole.

5. Bajedorf-Rennen. 16 000 Mark. 2200 Meter. 1. Tunichtgut (Rastenberger). 2. Einhart. 3. Halunke. Toto für Sieg: 16. Platz 16, 28. Ferner liefen: Feldherr, Turban, Spottvogel.

6. Preis von Naklo. 22 000 Mark. 1200 Meter. 1. Saint-Ayl (Rastenberger). 2. Heribart. 3. Hussa. Toto für Sieg: 87. Platz: 22, 20, 14. Ferner liefen: Elga, Henriksa, Medardus, Götz v. Berlichingen, Balthasar, Libelle, Susi.

7. Quirl-Ausgleich. 16 000 Mark. 1600 Meter. 1. Sperber (Hellebrandt). 2. Saleg v. Gomeg. 3. Siegfried. Toto für Sieg: 157. Platz: 50, 71, 36. Ferner liefen: Wolfram, Liebesmahl, Alea, Rosenbusch, Vulkan, Steinkohle, Helmchen, Lotse, Auffahrt, Reiler, Harem, Ferne.

8. Gulliver-Ausgleich. 16 000 Mark. 2000 Meter. 1. Konrad (Dreißig). 2. Radom. 3. Schweizermühle. Toto für Sieg: 167. Platz: 87, 17, 31. Ferner liefen: Revelin, Fleißige Arbeit, Gebhard, Markgraf, Attacke, Violetta, Gratulation, Lucifer.

*

— **Zu den am Sonnabend, den 20. September d. J. nachmittags 3½ Uhr** auf der Peißnitz stattfindenden Staffelläufen der Volks-, Mittel- und höheren Schulen unserer Stadt Halle sind gemeldet: Gruppe A: Knabenschulen, Alter 12—14 Jahre: 14 Mannschaften; Gruppe B: Höhere Knabenschulen, Alter über 14 Jahre: 6 Mannschaften; Gruppe C: Mädchenschulen, Alter 12—14 Jahre: 2 Staffeln; Gruppe D: Höhere Mädchenschulen, Alter über 14 Jahre: 2 Staffeln. — Im Interesse des deutschen Sports und seiner Verbreitung wird gebeten, daß sich unsere erwachsene Hallesche Bevölkerung und die Jugend unserer Stadt Halle vollzählig auf dem Spielplatz der Peißnitz einfindet. Die Läufe werden veranstaltet vom Halleschen Ausschuß für Leibesübungen. Den siegenden Staffelmannschaften winkt neben dem Wanderpreis eine Ehrenurkunde.

— **Die Wettkampfkommission für den Staffellauf rund um die Peißnitz** hielt gestern abend um 8 Uhr im „Reichshof" eine Sitzung ab, in der die näheren Einzelheiten über den Staffellauf festgesetzt wurden.

— **Olympia Schüler werden am kommenden Sonntag auf ihrem Platze gegen Sportverein 98 Schüler spielen.**

— **Illustrierte Flugwelt".** Im Verlage Dr. Stein u. Kroll, Leipzig, erscheint als vierzehntägige Zeitschrift die „Illustrierte Flugwelt". Das uns vorliegende 6. Heft erörtert u. a. in einem Aufsatz von Dr. Hansen die zurzeit stark interessierende Frage des Weltluftverkehrs, bringt ferner eine mit guten Bildern und technischen Zeichnungen ausgestattete Abhandlung über die Entwicklung der Oertzschen Flugboote während des Krieges. Ein weiterer Aufsatz teilt uns Neuigkeiten aus dem in diesem Jahre einsetzenden Reiseflugzeugbau mit. Ein kleines englisches Sportflugzeug, die Erstlingsfahrt der „Bodensee" sind der Gegenstand zweier weiteren, gut illustrierten Aufsätze. Eine internationale Umschau bringt kleinere Neuigkeiten aus aller Welt; Handelsnachrichten und Patentschau vervollständigen den Inhalt. Die schon früher erschienenen Hefte enthalten ebenfalls sehr interessante Aufsätze, besonders über die Entwicklung der Groß- und Riesenflugzeuge und der Verkehrsflugzeuge. Das gut ausgestattete Heft kostet 1,25 Mk. und ist durch den Verlag zu beziehen. Hth.

— **„Luftfahrt, Blätter für Flugwesen, Motorluftschiffahrt und Freiballonsport"** heißt eine bei Klasing u. Co., Berlin, erscheinende Zeitschrift, deren uns vorliegendes Augustheft sehr interessante Aufsätze enthält. In kürzeren Artikeln werden allerhand andere fliegerische Ereignisse und Tatsachen gebucht. Den Modellbauern ist ein besonderer Teil gewidmet. Gute Abbildungen und technische Zeichnungen veranschaulichen den Text Gesagte. Einzelhefte zu 2 Mk. sind vom Verlag Klasing u. Co., Berlin N. 4, zu beziehen. Hth.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Betriebsräte und Bilanz

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte bestimmt in § 35: „In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, und von denen mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigt werden, können die Betriebsräte verlangen, daß ihnen alljährlich die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt wird." Diese Bestimmung ist eine der ernstlaktesten und folgenschwersten des Gesetzentwurfs. Bei der zunehmenden Erregung, welche sich in Handel und Industrie gerade ihr gegenüber bemerkbar macht, werden wohl alle Mitglieder der Nationalversammlung erst nach genauester Prüfung aller Gründe und Gegengründe hier zur Abstimmung gehen können. Besondere Beachtung verdient, was der Reichsverband der deutschen Industrie gemeinsam mit der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, mit Verbänden des Großhandels und des Bankgewerbes zu dem erwähnten Paragraphen ausführt: „Hier handelt es sich nicht um Aktiengesellschaften, die öffentliche Bilanzen aufzustellen ohnehin gesetzlich verpflichtet sind, es sind vor allem Einzelfirmen, insbesondere kleinere Betriebe, die durch eine Indiskretion um ihren Kredit gebracht und damit vernichtet werden können. Ein weniger gutes Geschäftsjahr kann durch ein folgendes besseres unschädlich verübergehen. Wird aber durch Bekanntwerden eines ungünstigen Jahresergebnisses der Kredit erschüttert, so kann dies den endgültigen Sturz der Firma und damit die Brotlosmachung aller ihrer Arbeitnehmer zur Folge haben. Androhung von Strafe, sowie die nach dem BGB. bestehende Schadenersatzpflicht, mindern die bestehenden Gefahren kaum, da der Ursprung von Indiskretionen in den seltensten Fällen nachzuweisen ist und die Schadenersatzforderung meist wertlos sein wird."

Hinzuzufügen ist, daß auch bei der Vorlegung eines günstigen Geschäftsabschlusses die Gefahr besteht, daß radikale Teile der Arbeiterschaft sofort in eine Streikagitation eintreten, um möglichst viel von dem Geschäftsgewinn an sich zu bringen, ohne Rücksicht darauf, daß alle Ueberschüsse der Unternehmungen doch in erster Reihe für die Sicherung des Betriebes, für dessen Erweiterung und Ausbau als neuentstehendes Kapital zur Verfügung stehen müssen, ehe sie als Einkommen, sei es des Unternehmers, sei es der Arbeiterschaft, verzehrt werden dürfen. Ein sozialpolitisch so weit linksstehender Industrieller, wie der bekannte Berliner Fabrikbesitzer Heinrich Freese, der dem Gesetzentwurf im übrigen weitgehend zustimmt, hält die Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für bedenklich. „Der private Unternehmer muß es als drückend empfinden, wenn er beständig Personen in seine Vermögenslage Einblick geben muß, für deren Verschwiegenheit keine Gewähr vorhanden ist." Die Eingabe der erwähnten Verbände sagt dazu noch: „Sollte die Bestimmung Gesetz werden, so würden zweifellos zahlreiche Firmen, namentlich solche des Ausfuhrhandels, gezwungen, ihre Betriebe ins Ausland zu verlegen, zum Schaden der Steuerkraft des Deutschen Reiches, zum Schaden der brotlos werdenden Arbeitnehmer."

Geldmarkt und Devisen

* **Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.** Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern. Die Entwertung des Geldes und die sich daraus ergebende Möglichkeit des Auslandes, die Werte der deutschen Industrien an sich zu reißen, bilden fortgesetzt das treibende Moment an den großen Börsen. Auch am rheinisch-westfälischen Markte, der bereits in der Vorwoche deutliche Anzeichen einer kräftigen Besserung erkennen ließ, stand das Moment der Auslandskäufe im Vordergrund. Unternehmung und Publikum waren mit großen Kaufaufträgen am Markte, die bei dem zeitweise sehr knappen Angebot in schweren Werten Steigerungen hervorriefen, wie sie seit dem politischen Umschwung in Deutschland nicht mehr bemerkt worden sind. Preiserhöhungen von 2000 Mk. an einem Tage und solche von 4000—5000 Mk. in der Woche sind festzustellen. Von Kohlenwerten wurden vornehmlich die schweren Werte Lothringen, König-Ludwig, Gwald, Constantin der Große und Graf Bismarck, die beiden letzteren aber in bescheidenerem Maße, gekauft und gesteigert. Ihnen schlossen sich mit bedeutenden Erhöhungen Helene & Amalie, Graf Schwerin, ferner Fröhliche Morgensonne und Langenbrahm an. Im weiteren Verlaufe wurden mittlere und leichte Werte in die Bewegung hineingezogen. Die Preissteigerungen waren auch hier im Verlauf der Woche recht beträchtliche und erstreckten sich auf sämtliche Werte des Zettels. Von Braunkohlenwerten wurden neben Schallmauer und Lucherberg nur Oskarssegen in großen Beträgen gekauft. Sie verzeichnen eine neue Steigerung von etwa 300 Mark. Zukunfts-Aktien gewannen bei lebhaftem Geschäfte etwa 10 Proz., ohne jedoch ihren Höchststand zu behaupten. Mitteldeutsche Werte blieben bei bedeutenden Kursen vernachlässigt. Im Kalimarkte nahm der Verkehr an einzelnen Tagen einen besonders stürmischen Charakter an, so daß beispielsweise Neustaßfurt und Glückauf-Sondershausen an der Dienstagbörse Steigerungen von rund 2000 Mark gegenüber dem Vortage erzielten. Große Umsätze fanden weiterhin in Alexandershall, Burbach, Carlsfund, Heiligenroda, Sachsen-Weimar, Hohenfels, Bergmannssegen, Hugo, Wilhelmshall, Volkenroda, Wintershall u. a. m. statt. Die Erhöhungen ergeben sich aus den Kursveröffentlichungen. Siegfried I, die ansehnend auf Mehrheitskäufe bis auf 10 850 Mk. gesteigert wurden, büßten auf Glattstellungen bei Berichtsschluß wieder 500 Mk. ein. Aus dem gleichen Grunde stellten sich Hansa-Silberberg niedriger. Besonders bedeutende Preiserhöhungen erzielten die Werte der Gumpelgruppe, von denen namentlich Königshall und Hindenburg, Fürstenhall, Rößing-Barnten und Aße sich besonderer Beachtung erfreuten. Felsenfest, Hipstedt, Carlshall, Hersa und Neurode, sämtliche Unstrutwerte, Rothenberg, Heimboldshausen, Ransbach, Hermann II usw. waren zu anziehenden Preisen in großen Mengen im Handel. Auch das Gebiet der elsässischen Unternehmungen war auf neue Gerüchte von einer günstigen Verwertung des deutschen Besitzes sehr belebt, und die Kuxe erzielten Steigerungen von etwa 2500 Mk. Kaliaktien waren im Anschluß an die bedeutenden Steigerungen der an der Berliner Börse gehandelten Kalimerte ebenfalls sehr lebhaft. Die Kurse von Hallesche Kaliwerte, Nonnenberg, Justus, Heldburg, Teutonia, Salzdetfurth und Siemundshall erfuhren Steigerungen von 10 bis 15 Prozent. Sie standen auch bei Berichtsschluß weiter in guter Nachfrage.

Industrie, Handel, Handwerk

Zur Verkehrslage im Ruhrrevier. Wie zu befürchten war, haben sich die Verkehrsverhältnisse im Laufe der vorigen Woche wieder verschlechtert. Da infolge des Zurückgehens des Rheinwassers der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen abnimmt, muß der Versand in größerem Umfange durchgängig auf der Strecke erfolgen, so daß die Umlaufzeit der Wagen sich bedeutend erhöht. Dazu kommt das Einsetzen der Herbsttransporte, die schon jetzt einen Teil der offenen Wagen beanspruchen. Im einzelnen ist folgendes hervorzuheben: Die Förderung steht zurzeit mit etwa 230—235 000 Tonnen arbeitstäglich auf der gleichen Stufe, wie an den entsprechenden Tagen des Monats August. Die Wagengestellung betrug im Werktagsdurchschnitt 16 400 (gegen 17 400), Fehlziffer rund 1050 Wagen (gegen etwa 500 in der Vorwoche). Die Kipperleistung begifferte sich auf rund 17 000 Tonnen täglich, am 13. September nur noch auf etwa 13 500 Tonnen. In Anbetracht der zunehmenden Kahnraumknappheit haben bereits einige Kipper wieder außer Betrieb gesetzt werden müssen. Der Umschlag der Kanalzechen nahm mit dem Günstigerwerden der Kahnraumverhältnisse wieder etwas zu und betrug arbeitstäglich 22 000 Tonnen. Die Kanalversand leidet immer noch unter der Unzulänglichkeit der Schlepperleistung. Die Umlaufzeit der Fahrzeuge wird hier durch wesentlich beeinträchtigt.

Erschließung neuer Kohlenfelder in der Oberlausitz. Die Erschließung der Kohlenlager bei Piskowitz in der Kamenzer Gegend ist nunmehr zur Wirklichkeit geworden und es soll bei Vernehmen nach in allernächster Zeit mit dem Abbau begonnen werden. Die Lager werden in jeder Beziehung als abbauwürdig erachtet und man erhofft von ihnen die Lieferung einer wertvollen Fabrikkohle und einer Kohle zur Herstellung von Briketts, an die man jedoch in nächster Zeit wegen Mangels der dazu nötigen Fabrikationsräume noch nicht denken kann. Durch Erschließung dieser Lager wird aber mit einer wesentlichen Besserung der Kohlenversorgung im kommenden Winter gerechnet.

Elbeschiffahrt. Am 18. September trafen die Räume Nr. 2151, 1454, 814 in Aken ein.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Der Börsenverkehr spielte sich heute von einigen Ausnahmen abgesehen, in ziemlich ruhigen Formen ab. Die Kursbewegung gestaltete sich ganz unregelmäßig. Das besserer Geschäft entwickelte sich wieder am Kolonialaktienmarkt, wo Neuguinea mehr als 20 Prozent in die Höhe gingen und auch Sloman Salpeter und Deutsche Kolonialanteile zu höheren Kursen gehandelt wurden. Ferner erlangten bei größeren Umsätzen Kanada und Steaua Romana bedeutende Steigerungen. Auch Deutsche Petroleumaktien wurden lebhaft gehandelt. Die Schiffahrtsaktienmarkt besserten sich Paketfahrt und Hamburg-Südamerikanische um 7 bzw. 4 Prozent. Deutsch-Australische gewannen 7 Prozent. Am Montanaktienmarkt waren namentlich oberschlesische Werte gedrückt, rheinisch-westfälische dagegen gut behauptet. Farbwerte waren um 2—3 Prozent höher. Von Elektrizitätsaktien zogen Bergmann um 3 Prozent, Felten und Guilleaume um 8 Prozent an. Von Spezialwerten sind Augsburg-Nürnberger Maschinen, Gebrüder Böhler und Weser-Schiffsbau sowie Deutsche Kali als höher hervorzuheben, während Rheinmetall und Zellstoff Waldhof wesentlich nachgaben. Deutsche Anleihen neigten zur Schwäche. Oesterreichische und ungarische Renten waren geschäftslos. Theodor Goldschmidt Aktien gewannen im späteren Verlauf ziemlich 10 Prozent.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt hat für Roggen und Hafer die Nachfrage abgenommen. Dagegen war man geneigt für spätere Lieferungen sogar höhere Forderungen zu bewilligen. Aus dem Westen und Nordwesten war Begehr weniger bemerkbar. Für Erbsen hat sich nichts geändert. Lupinen neuer Ware wurden mit 25 Mark bewertet. Serradella wurde für spätere Lieferung sehr begehrt. Die Preise für Heu neigten zur Schwäche. Stroh blieb fest bei weiterer Nachfrage für den Westen.

Hafernotierungen:

Berlin, 18. September. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark. Loko an Speicher frei Wagen 1070—1120, loko ab Station 1140—1190, bei Selbstabladung. Dreitägige Abladung —. Termin wöchige Abladung —. August-Abladung —. Erste Hälfte September-Abladung —. September-Abladung —. Oktober-Abladung —. November-Abladung —. Nicht notiert per 1000 kg Netto ab Abladestationen. Tendenz still.

Auslandsnotierungen:

Chikago, 16. Septemb. Weizen: September —, Oktober —. Mais: September 140½, Oktober —, Dezember 129, Mai 121¼. Schmalz: September 25,87½, Oktob. 25,77½, November 22,85. **York, 4. Septemb.** 41,62. Oktob. 35,10. Januar —. Mais September 20,30. Oktober 20,25. Januar 18,52. Hafer: September 67,—, Oktober —, Dezember 69,50.

New York, 16. September. Winter- und Sommerweizen: 209. Mais: loko 158⅝, (gestern —). Mehl: 9,00—10,00. Schmalz: 26,27 (gestern —). Zucker: —. Kaffee: 15¼.

Auszahlungen.

Berlin, 18. September.	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1059,—	1061,—	Ungarn	—,—	—,—
Dänemark	589,25	590,75	Bulgarien	—,—	—,—
Schweden	680,25	681,75	Konstantinopel	—,—	—,—
Norwegen	646,25	647,75	Spanien	532,00	533,00
Schweiz	508,50	510,50	Finnland	137,25	137,75
Oesterreich	—,—	—,—			

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	190,—
4½ % Deutsche Schatzscheine VI–IX	78,10	Deutsche Uebersee-El.	319,50
5 % Deutsche Reichsanl.	78,10	Deutsche Erdöl	312,—
4 „ „	72,70	Deutsche Gasglühl.	374,—
3½ „ „	67,60	Deutsche Kali	290,50
3 „ „	60,50	Deutsche Waff. u. Mun.	214,25
4 Preuss. Konsols	70,70	Donnersmarkhütte	268,—
4½ „ „	65,75	Döring u. Lehrmann	122,00
4 „ „	62,50	Dürkoppwerke	256,—
4 Charl. Stadtanl. 89/95	65,70	Elberfelder Farben	338,00
4 Magdeb Stadtanl. 91/05	62,00	Felten u. Guilleaume	372,00
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	156,75
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	101,00	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100,25	Gebhardt u. König	195,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Gelsenkirch. Bergw.	173,75
4 „ „	—,—	Glanziger Zuckerfbr.	242,50
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	325,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	36,25	Hann. Masch.	178,00
4 Ungar. Gold-Rente	58,00	Harpener Berg.	215,00
4 Ungar. Kronen-Rente	—,—	Hasper Eisen	238,—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	340,00
Halberstadt-Blankenb.	78,50	Höchster Farbw.	213,—
Halle-Hettstedter	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	117,—
Schantungbahn	140,00	Hohlenohe-Werke	148,—
Allg. Lokal-Str.	128,00	Humboldt-Masch.	325,—
Gr. Berl. Str.	120,—	Ilse-Bergbau	225,—
Magdeburger Str.-B.	355,00	Kahla-Porzellan	195,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	283,—	Kaliw. Aschersleben	—,—
Orientbahn	—,—	Körbisd. Zucker-Akt.	145,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	135,25
Hambg. Paketfahrt	113,50	Lahmeyer n. Co.	152,00
Hambg.-Südamerika	187,—	Lauchhammer	168,—
Hansa-Dampfschiff	257,25	Laurahütte	286,—
Nordd. Lloyd	115,00	Linke u. Hofmann	234,25
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	160,—
Bank für Thür.	—,—	Lothringer Hütte	190,00
Berl. Handelsges.	160,—	Mannesmannröhren	148,—
Comm u. Diskontobank	128,—	Maschinenfabr. Buckau	157,50
Darmstädter Bank	115,00	Oberschl. Eisenb.-Bed.	154,—
Deus. Landesbank	—,—	do. Caro Heg.	277,00
Deutsche Bank	214,50	do. Kokswerke	188,75
Diskonto-Comm.	162,50	Orenstein u Koppel	168,—
Dresdner Bank	140,00	Phönix-Bergb.	172,25
Credit-Anst. Leipzig	133,50	Rhein. Metall-Vorz.	131,—
Mitteld. Kreditbank	117,00	Rhein. Stahlwerken	215,—
„ Privat-Bank	108⅞	Riebeck. Montan	158,—
Nationalbank	108,50	Rombacher Hütten	131,—
Oesterr. Kredit	110,50	Rositzer Braunk.	168,—
Reichsbank	157,—	Rositzer Zucker	260,—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	187,75
Behrinsche Brauerei	269,50	Hugo Schneider u. Co.	128,25
Akt. f. Anilin	284,—	Schuckert u. Co.	170,25
Allgem. Elektr.-Ges.	194,00	Siemens u. Halske	206,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Stettiner Chamotte	178,—
Anhalter Kohlenw.	185,—	Stettiner Vulkan	191,—
Annaberger Steingut	190,25	Stollberger Zink.	228,—
Badische Anilin	429,75	Strals. Spielkarten	343,00
Bergmann Elekt.-Akt.	154,25	Thale-Eisenhütte	162,75
Berl. Masch.-Bau	198,00	Triptis-Akt.-Ges.	168,—
Bismarckhütte	225,00	Türkische Tabakregie	196,00
Bochumer Gußstahl	176,50	Ver. Köln-Rottweiler	225,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Glanzstoff Elberf.	156,00
Chem. Grieshein	247,50	Wegelin u. Hübner	—,—
Chem. v. Heyden	240,00	Worsch.-Weissenf. Brk.	97,50
Consolidation Schalke	280,—	Westeregeln-Alkali	315,—
Cröllwitzer Papierfabr.	194,50	Wittener Gußstahl	198,—
Daimler-Motoren	214,75	Wrede-Mälzerei	175,—
		Zeitzer Masch.	190,75
		Zellstoff Waldhof	227,50
		Otavi-Minen	—,—

Tendenz: fester.

Verantwortlich: i. V. Hans Heilig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909191-11/fragment/page=0004